

Seniorenpolitische Konzeption für den Westerwaldkreis

(Endfassung, Stand 22.06.2012)

Einleitung: Handlungsbedarf und Leitbild

Wie wollen wir leben, wenn wir älter sind? Die Anzahl älterer Menschen nimmt stetig zu. Im Westerwaldkreis könnte der Anteil der über 65-Jährigen - laut Angaben des Statistischen Landesamts von heute knapp 20% - auf rund ein Drittel der Bevölkerung in 2035 anwachsen. Dabei umfasst die Generation der Älteren sehr unterschiedliche Altersgruppen: Von gesunden, fitten und mobilen bis hin zu hoch betagten sowie auf Pflege und Unterstützung angewiesene Menschen.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Anteils älterer Menschen wird die Gestaltung des Lebens in den Dörfern und Städten des Kreises eine Herausforderung für alle Gemeinden sein. Denn dort zeigt sich am deutlichsten, ob und wie der Umgang mit einer älter werdenden Gesellschaft gelingt. Auf die tief greifenden Auswirkungen durch den demografischen Wandel muss in angemessener Weise reagiert werden, damit die Versorgung und Lebensqualität aller Generationen möglichst erhalten bleibt. Dazu zählt auch eine gezielte altersfreundliche Gestaltung des Dorflebens, damit ältere Menschen im Dorf bleiben und nicht in ein Heim oder zu einer Pflegestelle abwandern; Wohlfühlen und Unterstützung in der Gemeinde können dazu beitragen.

Gleichzeitig bietet sich die Chance, das Potential der Älteren mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und ihren Kompetenzen zu nutzen. Eine zukunftsfähige Gestaltung der Gesellschaft wird durch die Ausschöpfung des bürgerschaftlichen Engagements besser gelingen.

Unter diesen allgemeinen Rahmenbedingungen sollen mit der Aufstellung einer seniorenpolitischen Konzeption Leitlinien formuliert und eine Orientierungshilfe für eine vorausschauende und zukunftsgerichtete Seniorenpolitik gegeben werden. Mit der Orientierung an insgesamt elf **Handlungsfeldern** werden sämtliche Lebensbereiche und wichtige Bedürfnisse älterer Menschen erfasst.

Das Konzept steht unter dem **Leitbild „Gut leben und älter werden im Westerwaldkreis!“** Um vorausschauend zu altern und sich im Wettbewerb mit anderen Regionen unter Alterungs- und Schrumpfungsprozessen gut aufzustellen, trägt die Seniorenpolitische Konzeption zur Zukunftssicherung des Landkreises bei.

Die Konzeption steht am Anfang und kann auch nur einen Rahmen darstellen, der die Richtung weist. Sie soll auf breiter Basis in den Orts- und Verbandsgemeinden und in Bürgerforen diskutiert und in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei wird es vor allem auf die Hilfen und die Mitarbeit von vielen engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern ankommen.

Orientierung an Handlungsfeldern (HF)

- HF 1: Ortsentwicklung
- HF 2: Wohnsituation
- HF 3: Beratung und Öffentlichkeitsarbeit
- HF 4: Betreuung und Pflege
- HF 5: Präventive Angebote
- HF 6: Gesellschaftliche Teilhabe
- HF 7: Bürgerschaftliches Engagement von und für Senioren
- HF 8: Angebote für besondere Zielgruppen
- HF 9: Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
- HF 10: Hospiz- und Palliativbewegung
- HF 11: Pflegebedarfsplanung

HF 1: Ortsentwicklung

Die Schaffung und Erhaltung von Lebensqualität vor Ort in den Kommunen sind wichtige Ziele, um die Eigenständigkeit und Mobilität von Senioren zu erhalten und zu gestalten

Öffentliche Räume und Gebäude sind barrierefrei zugänglich zu machen. Die Schaffung eines barrierefreien Umfeldes kommt allen Menschen zugute. Wichtig ist auch eine ausreichende Nahversorgung. Da oft die Wege weit sind oder gesundheitliche Einschränkungen vorliegen, ist auch die Mobilität ein wichtiges Thema. Häufig sind Infrastruktureinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten ohne Auto nicht zu erreichen.

Stärkung bzw. Erhalt der Dörfer und Städte durch

- Einkaufsmöglichkeiten (evtl. auch Einkaufsmobil) und Treffpunkte (Backesdorf!)
- Sicherung der Hausärzteversorgung
- Ehrenamtliche Fahr- und Begleitedienste zum Einkaufen oder Arztbesuch (Auto ist in unserem Landkreis das wichtigste Verkehrsmittel; Taxi, Sammeltaxi; Bringdienste der Apotheken)
- Rechtliche Absicherung von privat organisierten Fahrdiensten gewährleisten
- Nutzung des ÖPNVs
- Altersgerechte Straßen- und Wegeübergänge sichern und bequeme Spazierwege im Siedlungsbereich der Gemeinde ausweisen
- Altersfreundliche Ruhe- und Verweilmöglichkeiten im Ortsbereich; Treffpunkte sollen Orte der Begegnung und Kommunikation werden
- Hinwirken auf einen barrierefreien öffentlichen Raum; Ortsbegehungen mit Senioren und Ratsmitgliedern initiieren (öffentliche Gebäude, Wege, Plätze)

HF 2: Wohnen zu Hause

Wohnen zu Hause ist für Senioren auch im Kontext mit Wohlfühlen und Emotionen zu werten und umfasst bei Bedarf auch die Pflege zu Hause

Der überwiegende Teil der älter werdenden Bevölkerung will im gewohnten Wohnumfeld bleiben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Anpassung vieler Häuser und Wohnungen und des unmittelbaren Wohnumfeldes. Wichtigstes Kriterium bei der Überlegung zur Wohnform im Alter ist die Absicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Die Verfügbarkeit von Familienangehörigen ist oft ein entscheidender Faktor, um im Alter bei Pflege- und Betreuungsbedarf zu Hause wohnen bleiben zu können. Auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen kommt in Zukunft der gegenseitigen Hilfe außerhalb der Familie durch Menschen im Wohnumfeld, also Freunden, Nachbarn oder ehrenamtlichen Alltagsbegleitern, eine größere Bedeutung zu. In einer Wohn- oder Hausgemeinschaft alt zu werden, können sich bisher nur wenige Westerwälder vorstellen, dies wird sich aber noch verändern. Dagegen sind Betreute Wohnanlagen eine sinnvolle Alternative.

- Selbstbestimmtes Leben im Wohneigentum, solange wie möglich, unterstützen und sicherstellen – bei Bedarf mit gesicherter Betreuung
- Hinwirken auf die Schaffung von barrierefreien Einfamilien- und Wohnhäusern durch Aufklärung und Beratung der Bauherren und Architekten bei Neubauten (Seniorenleitstelle des Westerwaldkreises, VdK)
- Beratung bei der Wohnanpassung (Ehrenamtliche Seniorberater-Dienste ausbauen)
- Nachbarschaftshilfen ebenso wie Besuchsdienste auf- und ausbauen
- Versorgung mit Essen auf Rädern und Auf- / Ausbau von Mittagstischangeboten anstreben, z. B. in Gaststätten, ggf. Alten- oder Pflegeheimen, Begegnungsstätten (Haus der Familie)
- Hausnotruf kreisweit sicherstellen
- Unterstützung helfender / pflegender Familienangehöriger in Form von Beratung und zeitlicher Entlastung
- Unterstützung des Auf- / Ausbaus von Angeboten „Betreutes Wohnen zu Hause“ durch Ambulante Dienste, Verbände der Freien Wohlfahrtspflege; Durchführung von Vorträgen und Veranstaltungen
- Vielfältigkeit gemeinschaftlicher Wohnangebote im Landkreis (be-)fördern

HF 3: Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit

Ratsuchende ältere Bürgerinnen und Bürger müssen ausreichende Beratung zu vielen sie betreffenden Themen erhalten

Notwendig ist eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Älter werden“ über die Lokalmedien, Internet, Beratungsstellen und geeignete Veranstaltungen. Ratsuchende sollten nicht weite Wege gehen / fahren müssen, um einen persönlichen Ansprechpartner zu finden. Informationen und Transparenz der Angebote, auch bei der mobilen Beratung für alle Bürgerinnen und Bürger, sind zu sichern.

- Ehrenamtliche Seniorenteam als Ansprechpartner in den Gemeinden / Verbandsgemeinden benennen / berufen
- Regelmäßige Sprechstunden von Mitgliedern des Seniorenteam als „Ansprechpartner für die kleinen und großen Dinge des Lebens“ (Seniorenteam der VG Rennerod) sowie „Wegweiser“ und „Türöffner“ bei der Lösung von Problemen
- Kostenlose, regelmäßige Veröffentlichung von seniorenrelevanten Informationen / Angeboten (in großer Schrift!) in den Wochenblättern der Verbandsgemeinden
- Förderung und „Aufwertung“ von ausgebildeten / geschulten Seniorenberatern und deren fachliche Begleitung durch die Kreisverwaltung
- Stärkung der Hausärzte in ihrer Funktion als Ansprechpartner für ältere Menschen
- Austausch von Informationen und Hinweisen zwischen Hausärzten und Seniorenleitstelle, evtl. auch unter Einbeziehung der vor Ort zuständigen Seniorenberater
- Öffentlichkeitsarbeit der „Seniorenleitstelle“ der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises bekannt machen und ausbauen
- Informationsveranstaltungen zu aktuellen, seniorenrelevanten Themen für die Ansprechpartner in den Verbands- und Ortsgemeinden durch die Seniorenleitstelle
- Neuauflage des Seniorenwegweisers („Informationen für Senioren“) des Westerwaldkreises mit Informationsmaterialien zu verschiedensten seniorenrelevanten Themen
- Mit Seniorenzeitschrift „Jahresringe“ über Angebote, Hilfestellungen, Institutionen informieren
- Entsprechende Internetpräsenz des Sozialamtes (Abteilung 4 der Kreisverwaltung) einrichten
- Die Pflegestützpunkte können rund um das Thema Pflege und Betreuung zu einem noch wichtigeren Informations- und Beratungsangebot werden – ihre Position ist zu stärken.
- Wichtig ist es, alle Angebote besser zu vernetzen und die Arbeit besser zu koordinieren.

HF 4: Betreuung und Pflege

Ambulant vor Stationär

Betreuung und Pflege sind zentrale Bereiche, wenn es um die Versorgung älterer Menschen geht. Dabei dürfte das Wohnen zu Hause weiterhin der überwiegende Wille von Seniorinnen und Senioren sein. Dies entspricht auch der Forderung des Gesetzgebers „Ambulant vor Stationär!“. Voraussetzung dafür ist eine angemessene und ausreichende Versorgung mit ambulanten Diensten, ehrenamtlicher wie professioneller Art (Pfleagemix). Zudem wird der Bedarf an Kurzzeitpflege- und Tagespflegeplätzen – im Gegensatz zum bereits jetzt schon bestehenden Überangebot an vollstationären Pflegeplätzen im Westerwaldkreis - in absehbarer Zeit auch in unserem Landkreis zunehmen. Diese Plätze dienen nicht zuletzt der Entlastung pflegenden Angehöriger.

- Bedarfsgeleiteter Ausbau des Ambulanten und Stationären Pflege- und Betreuungsangebotes im Sinne von „Ambulant vor Stationär“
- Die Ausbildungskapazität der Berufsbildenden Schule Westerburg für Altenpflegerinnen und Altenpfleger im Blick halten und ggf. verstärken
- Ausbau und Sicherstellung von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige durch Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege sowie Angebote der tages- oder auch stundenweise ehrenamtlichen Betreuung vor Ort, z. B. Nachbarschaftshilfe und Besuchsdienste
- Entlastung auch durch Information und professionelle Beratung
- Bessere Vernetzung und Informationsaustausch zwischen ambulantem und stationärem Bereich
- Auf- / Ausbau von wohnortnahen kleinteiligen Wohn- und Pflegeangeboten wie ambulant betreuter Wohngemeinschaften, auch für spezielle Zielgruppen
- Berücksichtigung von barrierefreien Zugängen bereits beim Neubau von Wohnhäusern und „neuer“ Wohnangebote

HF 5: Präventive Angebote

Förderung von Bewusstsein und Motivation für gesundheitliche Prävention bei den Bürgerinnen und Bürgern

Wichtige präventive Angebote sind notwendig in den Bereichen Sport- und Bewegung, Gesundheitsförderung, Früherkennung sowie Beratung- und Information. Umzusetzen in dem Sinne „Helfen bevor Hilfe nötig wird“. Dies beinhaltet neben Gesundheitsförderung und der sozialen Integration Älterer auch deren Selbstverantwortlichkeit für ein gesundes Altern.

Gefragt bei der Schaffung passender Angebote sind sowohl Sportvereine und Volkshochschulen wie auch die Kranken- und Pflegekassen. Ein lohnendes Ziel ist es, im Rahmen des Handlungsfeldes „Prävention“ die gesundheitsfördernde Wirkung präventiver Angebote breit zu thematisieren, aber auch spezielle Angebote für Hochbetagte ab 85 Jahre zu fördern.

- Örtliche Vereine motivieren, präventive Angebote verstärkt anzubieten, wie Seniorenturnen, Senioren-Gymnastik, Senioren-Wandern, Nordic Walking, Langlauf, Wirbelsäulengymnastik, Wassergymnastik
- Verstärkung von Angeboten zur Sturzprävention und Gleichgewichtstraining
- Angebote der Volkshochschulen (VHS) ausbauen
- Gedächtnistraining, PC-Kurse sowie Vorträge und Informationsveranstaltungen zur gesunden und altersgemäßen Ernährung
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zwecks Bekanntmachung entsprechender Angebote in den Wochenzeitungen der Verbandsgemeinden
- Angebote im Westerwaldkreis besser präsentieren – auch via Internet: Gemeinsames Angebotsverzeichnis erstellen

HF 6: Gesellschaftliche Teilhabe

Aktives Altern gewährleisten durch gesellschaftliche Teilhabe und Miteinander aller Altersgruppen und Herkunft

Dies umfasst zunächst die Beteiligungsmöglichkeiten für Senioren am öffentlichen Leben, aber auch den Zugang zu Angeboten der Offenen Altenhilfe. Letztere sollen dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Altern entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern. Teilweise kommen Angebote nicht zustande, weil geeignete ehrenamtliche Mitarbeiter/innen fehlen.

Vor dem Hintergrund umfangreicher persönlicher und beruflicher Erfahrung können Seniorinnen und Senioren Kenntnisse, Fertigkeiten und die Fähigkeit zu bestimmten Diensten für sich persönlich weiter entwickeln und es kann die Bereitschaft entstehen, diese auch anderen zu vermitteln oder anzubieten.

Ein Problem besteht darin, dass es oft ein relativ gutes Angebot für fitte Rentner gibt, jedoch ältere Menschen, die mit Mobilitätseinschränkungen leben, nur unzureichende Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe finden. Es müssen aber verstärkt auch generationenübergreifende Aktivitäten entwickelt werden.

- Auf- / Ausbau ehrenamtlicher Seniorenteams in den Gemeinden vor Ort
- Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Seniorinnen und Senioren, ihrer Ideen und Aktivitäten von und für ältere Menschen, auch unter Einbeziehung zugezogener ausländischer Familien
- Gewährleistung von Begegnungsmöglichkeiten für Senioren – z. B. Räumlichkeiten für Seniorentreff (gesellige Nachmittage, u. a. Angebote für Sing- und Spielgruppen) und Angebote zur Seniorenbildung (Sprach- und Internetkurse) und Informationsveranstaltungen (Ernährungs- und Sicherheitsvorträge) zur Verfügung stellen
- Entwickeln und fördern generationenübergreifender Projekte: Ältere Menschen unterstützen die jungen, bspw. als (Vor-) Lese- und Lernpaten in Kindergärten und Schulen, als Helfer bei den Hausaufgaben, bei der Berufswahl, beim Berufseinstieg oder der Existenzgründung. Sie können sich als Leihoma oder Leihopa in der Betreuung von Kindern engagieren oder gar als Erziehungsberater tätig werden, ihre Erfahrungen weitergeben und Familien entlasten.
- Angebote zur Internet- und Handynutzung von Jugendlichen für Senioren
- Aufbau / Verbesserung der Erreichbarkeit von Veranstaltungen durch Hol- und Bringdienste; insbesondere für hoch betagte Senioren wird der Bedarf weiter zunehmen
- „Zugehende“ Angebote wie Kranken- und Geburtstagsbesuche, Fahrdienste (z.B. Einkaufen, Arzt) o. ä. sind auszuweiten

HF 7: Bürgerschaftliches Engagement von und für Senioren

Anerkennung und Wertschätzung des Bürgerschaftlichen Engagements - insbesondere in Vereinen und kirchlichen Einrichtungen - fördern

Ehrenamtliches Engagement ist für viele Ältere eine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und ein deutlicher Gewinn für die eigene Lebensqualität. Das Engagement bezieht sich auf Vereine und Initiativen ebenso wie auf Organisationen und Einrichtungen. Dies gilt auch für stationäre Einrichtungen, z.B. Hospizbereich, Besuchsdienst oder Beschäftigungstherapie.

Noch zu viele Menschen haben leider kein Interesse, entsprechend für sich oder andere tätig zu werden; die Bereitschaft dazu ist zu erhöhen. Dies ist auch eine lohnende Aufgabe der Ehrenamtsbörse 'Bürger-Aktiv-Westerwald'.

Eine Zielsetzung besteht auch darin, die Wertschätzung der geleisteten Arbeit zu verdeutlichen.

- Interessierte zu freiwilligem Engagement von und für Senioren vor Ort motivieren, sie bei bestehenden Aktivitäten bestärken und unterstützen; mögliche Bereiche: Sport, Bildung, Freizeit und Kultur ebenso wie im sozialen Bereich
- Bürgerschaftliches Engagement auch von Jung für Alt und Alt für Jung fördern
- Wahl / Benennung (aus dem Seniorenteam) eines örtlichen Ansprechpartners für das Bürgerschaftliche Engagement auf Gemeindeebene
- Klärung versicherungs- und haftungsrechtlicher Fragen (z. B. Nutzung des eigenen Autos)
- Abbau von Konkurrenzdenken und Vorbehalten im Hinblick auf den Einsatz von Ehrenamtlichen - z. B. im Verhältnis zu professionellen Einrichtungen wie Freie und Private Träger
- Stärkung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements in Kommunen, Kirchen und Vereinen durch Würdigung und Herausstellung nachahmenswerter Aktivitäten und Konzepte vor Ort, auch durch den Kreiswettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“

HF 8: Angebote für besondere Zielgruppen

Einstellen auf spezielle Anforderungen an Betreuung und Pflege

Bedingt durch die Zunahme der Lebenserwartung wird die Gruppe der älteren Menschen, die aufgrund altersspezifischer Krankheitsbilder spezieller Beachtung, Zuwendung und Pflege bedürfen, zunehmen.

Zu dieser Zielgruppe zählen

- Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen, insbesondere Ältere mit Demenz und Depressionen
- alt gewordene Menschen mit Behinderung

- ältere Menschen mit Migrationshintergrund.

Anzustreben sind

- Informationen in der Öffentlichkeit sowie Beratung für Senioren und pflegende Angehörige über gerontopsychiatrische Erkrankungen durch Pflegestützpunkte und die Seniorenleitstelle der Kreisverwaltung
- Die konstruktiv-kritische Begleitung des bedarfsgerechten Ausbaus von orts-nahen Beratungs- und Betreuungsangeboten, z. B. auch Tagespflege
- Aufbau von Pflegewohngemeinschaften – in der Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände oder privater Initiativen– als Alternative zwischen häuslicher und stationärer Versorgung, sobald die rechtlichen Rahmenbedingungen von Seiten des Landes gegeben sind (u. a. Bau-, Heim- und Sozialhilferecht)
- Die Berücksichtigung von behinderten Menschen bei Planung und Umbau von öffentlichen und privaten Gebäuden / Einrichtungen zur möglichst wohnort-nahen Versorgung Behinderter
- Kultursensible Beratung von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund durch die Seniorenleitstelle des Westerwaldkreises

HF 9: Kooperations- und Vernetzungsstrukturen

Sektorenübergreifende Vernetzung, Vereinfachung komplexer Strukturen

Ziele von Kooperation und Vernetzung müssen insbesondere sein

- Doppelarbeit vorzubeugen
- Prozesse effizienter zu gestalten
- Informationen über träger- bzw. ressortübergreifende Aktivitäten auszutauschen, um damit die Vermittlung ratsuchender Bürgerinnen und Bürger an die zuständigen Fachstellen reibungslos und zielführend zu gewährleisten und – nicht zuletzt – auch um Kosten zu sparen.

Eine herausragende Rolle fällt diesbezüglich den **Pflegestützpunkten** im Westerwaldkreis zu. Ihnen sollte dabei auch – möglichst in Verzahnung mit der Seniorenleitstelle des Kreises – die Beratung von Senioren und pflegender Angehöriger obliegen. Auf diese Weise können auch die in den Städten und Gemeinden bereits vorhandenen, zahlreichen fachlichen wie ehrenamtliche Angebote für Senioren umfangreich bekannt gemacht werden.

- Kooperation vor Ort stärken, ehrenamtliche Ansprechpartner (Seniorenteam) für Ratsuchende benennen
- Austausch der Akteure im Seniorenbereich auf Gemeindeebene (z. B. Kirchen, Vereine) zwecks Abstimmung der lokalen Seniorenangebote
- Synergieeffekte mit anderen Gemeinden nutzen, bspw. Ausflüge, Theaterfahrten oder auch „Betreutes Wohnen“
- Gewährleistung effektiver Zusammenarbeit zwischen den Pflegestützpunkten und der Seniorenleitstelle des Westerwaldkreises
- Informationen über Konzepte der Seniorenarbeit / Angebote für Senioren in den Ortsgemeinden auf die Homepage der Kreisverwaltung aufnehmen, auch um anderen Kommunen Anregungen zu geben

HF 10: Hospizdienste und Palliativversorgung¹

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Der Wunsch nach einem menschenwürdigen Sterben und einer schmerztherapeutischen Versorgung hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Da auch viele schwerkranke und sterbende Menschen in ihrer letzten Lebensphase gerne zu Hause sein möchten, gilt es, neben der Versorgung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, auch eine spezielle ambulante Palliativversorgung aufzubauen / sicherzustellen. Ziel ist es, Palliativpatienten bis zum Tode in der vertrauten häuslichen Umgebung – bei komplexen Symptomkonstellationen auch in stationären Pflegeeinrichtungen – zu betreuen und zu begleiten.

- Zwecks wohnortnaher Versorgung Mitarbeiter für Hospiz- und Palliativversorgung gewinnen, für Ehrenamt und Hauptamt
- Unterstützung von Hospizvereinen, z. B. „Hospizverein Westerwald“
- Informieren über ambulante Pflegedienste, die einen Schwerpunkt in der Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen haben
- Schaffung von Palliativplätzen nach Bedarf durch freie Träger
- Vernetzung aller Versorgungspartner
- Öffentlichkeitsarbeit, um Bekanntheit und Akzeptanz des Hospiz- und Palliativgedankens zu erhöhen

HF 11: Pflegebedarfsplanung

Bedarfsgeleitete Vorsorge treffen

Für die Erstellung einer Pflegebedarfsplanung bildet die Entwicklung der älteren Bevölkerungsgruppe im Westerwaldkreis eine zentrale Datengrundlage bei der Abschätzung zukünftiger Bedarfe im Bereich der Versorgung mit ambulanten Pflegediensten, Tages- und Kurzzeitpflege sowie mit vollstationärer Dauerpflege.

Als Planungsgrundlage sind die entsprechenden Daten des Statistischen Landesamtes in Bad Ems heranzuziehen, zu beurteilen, für die bedarfsgeleiteten erforderlichen Vorsorgemaßnahmen auszuwerten und im Pflegestrukturplan aufzuzeigen. Der zukünftige Bedarf an Pflegeplätzen – ggf. auch in vollstationärer Form – sollte möglichst in kleineren Einheiten, wie ambulant betreuten Wohngemeinschaften, gedeckt werden, um auf diese Weise zu einer kleinräumigen Versorgung im Landkreis beizutragen.

Die Pflegestrukturplanung soll

- die bisherige Struktur der Hilfeangebote analysieren und Instrumente entwickeln, die es ermöglichen, Risikolagen der Pflege und begünsti-

¹ WHO in 2002: „Palliativmedizin (Palliative Care) ist ein Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität von Patienten und deren Familien, die mit den Problemen konfrontiert sind, die mit einer lebensbedrohlichen Erkrankung einhergehen, durch Vorbeugen und Lindern von Leiden, durch frühzeitiges Erkennen, untadelige Einschätzung und Behandlung von Schmerzen sowie anderen belastenden Beschwerden körperlicher, psychosozialer und spiritueller Art.“

gende Faktoren ihrer Bewältigung (Ressourcen) zu erkennen und zu bewerten;

- die Bürgerinnen und Bürger in ihren je spezifischen Lebenslagen in die Überlegungen einbeziehen sowie Lebensentwürfe der Selbsthilfe und Solidarität unterstützen;
- berücksichtigen, dass verschiedene Akteure (Familien, Freie Träger, Private, Bund, Land, Kommunen) beteiligt sind. Anstrengungen zur stärkeren Vernetzung sind zu fördern und zu unterstützen.

Angelehnt an Seite 18, Broschüre Sozialministerium, Berichte aus der Pflege, Nr. 15 - Dezember 2010, Kommunale Pflegestrukturplanung, - Ein Handbuch für die Praxis -

Verfasser: Thomas Pfundstein, Heike Baumgärtner, Institut für Angewandte Sozialforschung, Alter.Gesellschaft.Partizipation, Freiburg im Breisgau, Zusammenfassung der Ergebnisse des Projektes "Modellkommunen Pflegestrukturplanung", u.a. Landkreis Altenkirchen